

## Bewährungsprobe für die EU

Überraschend klar haben sich die Briten nun für Boris Johnson und somit für einen raschen und endgültigen Brexit entschieden. Mag man zum bevorstehenden Ausscheiden der Briten aus der Union stehen wie man will, es dürfte für beide Seiten besser sein, einen Schlußstrich zu ziehen. Mit den nun zu bewältigenden Detail-Aufgaben des Ausstiegs insbesondere für die Briten im Zusammenhang mit der irischen Grenze werden nun doch viele ehemalige Befürworter eines Brexit auf dem harten Boden der Realität landen. Zudem hat sich Schottland mit gut 50 von 56 Sitzen für die Nationalpartei SNP unter Nicola Sturgeon entschieden. In einem von Sturgeon angekündigten Unabhängigkeits-Referendum wollen sich die Schotten vom Königreich loslösen und der EU beitreten....

Heißt im Klartext: Auch die Union steht vor großen Herausforderungen. Neben dem Abschluss bzw. der Adaptierung von Handelsverträgen mit Britannien, welche eine halbwegs geordnete Nachbarschaft ermöglichen, wird sich die Erstellung des nun fälligen Budget-Rahmens 2021-2027 als wahrer Prüfstein für die Zukunft der Union erweisen.

Bereits der gestrige EU-Klima-Gipfel worin eine grundsätzliche CO<sup>2</sup>-Neutralität bis 2050 angestrebt wird, wirft Schatten bremsender Kompromisse voraus. Zum einen wurde den Polen auf Grund deren großen Abhängigkeit von der Kohle eine kurzfristige zeitliche Übergangsphase bis zur Fixierung des künftigen Budgetrahmens (2012-2027) zugestanden. Zum anderen wollen sich einige Nationen mit dem Argument der CO<sup>2</sup>-Neutralität von Atom-Energie nicht von dieser trennen; und dies im Bewusstsein ungelöster Sicherheitsfragen und nicht vorhandener Endlagerungs-Möglichkeiten!

Bei allem Lob für ein doch sehr ambitioniertes Ziel der EU-Kommission (CO<sup>2</sup>-neutral bis 2050) wird es doch etwas mehr als den Beschluss - nämlich Geld – brauchen. Und in diesem Punkt wird Frau von der Leyen noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Dies vor allem bei Nettozahlern wie Deutschland, Finnland, Österreich etc. welche bis dato immer noch glauben, viele neue aber berechnete Anforderungen an die EU könne man trotz Ausfall eines großen Netto-Zahlers ohne Beitragserhöhungen bewältigen.